

## Pressemitteilung

### Die deutsche Technologieführerschaft steht auf dem Spiel

**Bremerhaven, den 21. Dezember 2017 — 2017 war ein schwieriges Jahr für die deutsche Windindustrie: Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen kehrten der Branche den Rücken, während auf dem internationalen Markt die Nachfrage nach Windkraftanlagen stieg. Irina Lucke und Andreas Wellbrock vom Branchenverband WAB e.V. richten jetzt einen eindringlichen Appell an die Politik, verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen - auch beim Ausbau von Speichertechnologien.**

143.000 indirekt und direkt Beschäftigte zählte die Windbranche zu ihren Hochzeiten in Deutschland. Sollte die neue Bundesregierung den Ausbaupfad für die Offshore-Windindustrie nicht auf mindestens 20 Gigawatt bis 2030 und 30 Gigawatt bis 2035 erweitern, könnte Deutschland ein massiver Arbeitsplatzverlust drohen: „Der Fadenriss, den wir bereits in der Offshore-Industrie beobachten, hat sich nach den jüngsten Wind-an-Land-Ausschreibungen auch auf die Onshore-Branche übertragen. Die neue Bundesregierung muss dringend handeln und beim Erneuerbare-Energien-Gesetz nachbessern“, so Andreas Wellbrock, Geschäftsführer des WAB e.V.

Während auf dem internationalen Markt die Nachfrage nach Offshore-Projekten und Windkraftanlagen steigt, schraubt Deutschland sein Ausbaumvolumen zurück. WAB-Vorstandsvorsitzende Irina Lucke sieht den Industriestandort Deutschland belastet: „Wir haben die skurrile Situation, dass der Ausbau der Offshore-Windbranche trotz demonstrierter Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gedeckelt wird. Kleine und mittlere Unternehmen kehren Deutschland schon jetzt den Rücken. Es besteht die Gefahr, dass wichtiges Know-how verloren geht. Die deutsche Technologieführerschaft steht auf dem Spiel.“

Der Ausbau von Speichertechnologien ist in dieser Situation wichtiger denn je, doch auch hier wird die Entwicklung durch ungünstige politische Rahmenbedingungen ausgebremst. Für 2018 plant die WAB eine Veranstaltungsreihe zum Einsatz von grünem Wasserstoff – nach Einschätzung des Verbandes ein neuer Absatzmarkt für Windstrom. Andreas Wellbrock erklärt: „Im Bereich der Mobilität ergibt sich ein enormes Potential. Wichtig ist, dass hierbei systemisch gedacht wird und die gesamte Kette der Winderzeugung bis hin zur Verteilung und Nutzung berücksichtigt wird, damit jeder Akteur ein funktionierendes Geschäftsmodell entfalten kann.“

Andreas Wellbrock appelliert daher an den neuen Gesetzgeber: „Wir benötigen in Deutschland einen Masterplan Energiewende, der alle Systemkomponenten mitdenkt. In Hinblick auf nachfolgende Generationen sollte das Thema Gerechtigkeit beim Klima stärker in den Mittelpunkt der Debatte gerückt werden.“ Irina Lucke bekräftigt: „Die WAB wird sich auch 2018 lautstark für die Interessen der Branche einsetzen. Es ist und bleibt das wichtigste Ziel der WAB, die Energiewende in Deutschland voranzutreiben und den Anteil der Erneuerbaren Energien in allen Sektoren gekoppelt zu erhöhen. Wir kämpfen im Sinne unserer Mitglieder dafür, dass die Windenergie die tragende Säule der Energiewende bleibt.“

## Über die WAB

Der WAB e.V. ist das führende Unternehmensnetzwerk für Onshore-Windenergie in der Nordwest-Region und bundesweiter Ansprechpartner für die Offshore-Windenergiebranche. Dem Verein gehören mehr als 350 Unternehmen und Institute aus allen Bereichen der Windenergie-Industrie, der maritimen Industrie sowie der Forschung an.

### Kontakt für Presseanfragen:

Andreas Wellbrock

Geschäftsführer WAB e.V.

Tel.: +49 (0) 172 754 6336

Mail: andreas.wellbrock@wab.net

Homepage: [www.wab.net](http://www.wab.net)

Twitter: <https://twitter.com/WABWindnetwork>

Facebook: <https://www.facebook.com/wab.net>

Newsroom: <http://www.presseportal.de/pm/57611/wab-e-v>

RSS-Feed: [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_57611.rss](http://www.presseportal.de/rss/pm_57611.rss)

Gefördert durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr des Landes Bremen und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

Der Senator für Umwelt,  
Bau und Verkehr



Freie  
Hansestadt  
Bremen



Europäische Union  
Investition in Bremens Zukunft  
Europäischer Fonds für  
regionale Entwicklung